



3



Vertrag über betriebliche Ausbildungsphasen in Außerbetrieblichen Berufsausbildungen in integrativer Form

**Hinweis** Bitte das Formular vollständig ausfüllen.

zwischen

A. Träger der Maßnahme

1 Träger der Maßnahme

2 Auftragnehmer-Kundennummer

3 Straße

4 Hausnummer

5 Postleitzahl

6 Ort

B. Betrieb

7 Betrieb der betrieblichen Ausbildungsphase

8 Straße

9 Hausnummer

10 Postleitzahl

11 Ort

12 Betriebsnummer – sofern vorhanden

13 Verantwortliche Ausbilderin/ verantwortlicher Ausbilder

C. Auszubildende/r

14 Vorname

15 Nachname

16 Kundennummer

17 Straße

18 Hausnummer

19 Postleitzahl

20 Ort



S1

§ 1 Gegenstand des Vertrages

- (1) Zwischen dem Träger der Maßnahme und der/ dem Auszubildenden wurde ein Ausbildungsvertrag für den Ausbildungsberuf abgeschlossen. Der Träger der Maßnahme ist Ausbildender gemäß § 10 BBiG und in vollem Umfang verantwortlich für die Vermittlung aller Ausbildungsinhalte gemäß der Ausbildungsordnung sowie des Ausbildungsplans.

Bezeichnung Ausbildungsberuf, für den der Ausbildungsvertrag abgeschlossen wurde

- (2) Dieser Vertrag regelt die Durchführung von betrieblichen Ausbildungsphasen für die/ den oben genannte/n Auszubildende/n im oben genannten Betrieb im Rahmen des nach Absatz 1 abgeschlossenen Ausbildungsvertrages.
- (3) Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen den beteiligten Parteien.

§ 2 Dauer des Vertrages

- (1) Dieser Vertrag gilt für die Dauer

von (TT.MM.JJJJ)

bis (TT.MM.JJJJ)

- (2) Dieser Vertrag endet mit dem Zeitpunkt einer vorzeitigen Beendigung des Ausbildungsverhältnisses.

§ 3 Pflichten des Betriebs

Der Betrieb verpflichtet sich,

- (1) im Rahmen betrieblicher Ausbildungsphasen der/ dem Auszubildenden folgende Ausbildungsinhalte gemäß der Ausbildungsordnung und des Ausbildungsplans nach Abstimmung mit dem Träger der Maßnahme zu vermitteln:

Inhalt	Dauer (in Wochen)	Ausbildungsjahr

- (2) die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Berufsbildungsgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes einzuhalten.
- (3) im Rahmen betrieblicher Ausbildungsphasen nur solche Personen mit der Durchführung der Ausbildung zu beauftragen, die hierfür die notwendige Eignung nach den Bestimmungen des BBiG beziehungsweise der HwO nachgewiesen haben.
- (4) einen Wechsel der verantwortlichen Ausbilderin/ des verantwortlichen Ausbilders dem Träger der Maßnahme unverzüglich bekanntzugeben.
- (5) die Ausbildung an Ausbildungsplätzen durchzuführen, die nach Art und Ausstattung dafür geeignet sind.
- (6) die technischen Einrichtungen, die Werkzeuge sowie sonstige Materialien für die Ausbildung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
- (7) die/ den Auszubildende/n für die Teilnahme an Prüfungen und überbetrieblichen Unterweisungen, die Förderangebote des Trägers der Maßnahme sowie den Besuch der Berufsschule freizustellen.



- (8) den Träger der Maßnahme über Ereignisse, die das Ausbildungsverhältnis negativ beeinflussen können, insbesondere Fehlzeiten, unverzüglich zu informieren.
- (9) im Rahmen betrieblicher Ausbildungsphasen das Berichtsheft je nach Berufsbild in der vorgesehenen Frequenz zu kontrollieren und gegenzuzeichnen.
- (10) die/ den Auszubildende/n nicht zu anderen als zu Ausbildungszwecken einzusetzen.
- (11) seine übliche betriebliche Ausbildungskapazität nicht aufgrund dieser Kooperationsvereinbarung zu reduzieren.
- (12) im Rahmen betrieblicher Ausbildungsphasen den zuständigen Stellen die Prüfung der Eignung nach §§ 27 ff. BBiG beziehungsweise §§ 21 ff. HwO zu ermöglichen.
- (13) dem Träger der Maßnahme zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen dieses Vertrages den Zutritt in den Betrieb zu gewähren.
- (14) die/ den Auszubildende/n längstens bis zu einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden und eine wöchentliche Arbeitszeit in jeder Kalenderwoche bis zum Umfang der tariflichen/ ortsüblichen Arbeitszeit zu beschäftigen.

§ 4 Pflichten des Trägers der Maßnahme

Der Träger der Maßnahme ist als Ausbildender nach dem BBiG beziehungsweise der HwO für die vollständige und ordnungsgemäße Durchführung des Ausbildungsvertrages verantwortlich. Er verpflichtet sich für die Dauer dieses Vertrages insbesondere:

- (1) zur Fortführung des Stütz- und Förderunterrichts sowie der sozialpädagogischen Begleitung in enger Abstimmung mit dem Betrieb sowie allen weiteren beteiligten Stellen.
- (2) sich regelmäßig in den Betriebsräumen des Betriebes davon zu überzeugen, dass die/ der Auszubildende ordnungsgemäß ausgebildet und nicht zu ausbildungsfremden Zwecken eingesetzt wird.

§ 5 Pflichten der/des Auszubildenden

In Ergänzung der Pflichten aus dem Ausbildungsvertrag verpflichtet sich die/ der Auszubildende an den vom Träger der Maßnahme angebotenen Förderangeboten teilzunehmen.

§ 6 Urlaub

Die Urlaubsgewährung erfolgt durch den Träger der Maßnahme in Abstimmung mit dem Betrieb.

§ 7 Kündigung

- (1) Dieser Vertrag kann ohne Einhaltung einer Frist mit sofortiger Wirkung gekündigt werden.
- (2) Die Kündigung hat jeweils schriftlich zu erfolgen.

§ 8 Zusätzliche Regelungen

(Dieser Paragraph kann für ergänzende zusätzliche Vereinbarungen genutzt werden. Diese zusätzlichen Vereinbarungen dürfen den verbindlichen Regelungen dieses Vertrages nicht zuwiderlaufen.)

§ 9 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahekommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist. § 139 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) gilt als ausgeschlossen.
- (3) Diese Zusatzvereinbarung wird dreifach ausgefertigt. Jeweils eine Ausfertigung ist für den Träger, den Betrieb und die Auszubildende/ den Auszubildenden bestimmt.
- (4) Gerichtsstand ist der Sitz des Trägers.

D. Erklärung

21 Ort

22 Datum

23 Unterschrift, Stempel Träger

24 Unterschrift, Stempel Betrieb

25 Unterschrift Auszubildende/r

26 Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/ des gesetzlichen Vertreters/ der Erziehungsberechtigten (bei Minderjährigen)